

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meißner'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 260.

Neuenbürg, Freitag den 7. November 1919.

77. Jahrgang.

### Deutschland.

#### Der Ernährungsminister zu praktischen Fragen der Landwirtschaft.

Stuttgart, 5. Nov. In der Bauernversammlung vom Dienstag wurde von verschiedenen Debatteuren Kritik geübt an den bestehenden Zuständen, auf die der Ernährungsminister Graf sofort erwiderte. Die Ausführungen sind für die Öffentlichkeit von Interesse, weil sie die Stellung der Regierung zu landwirtschaftlichen und Ernährungsfragen dortum. — Von einem Landwirt wurde ausgeführt, daß die Ursachen der schwierigen Lage der Landwirtschaft darin zu suchen seien, daß in den Parlamenten nur Verbraucher und keine Erzeuger, daß auch auf der Regierungsebene kein einziger Produzent sitze, daß der Ernährungsminister eigentlich nur ein Verteilungsminister sei, die Bauern wollten auch mitreden.

Ernährungsminister Graf erwiderte darauf, daß er es lebhaft begrüßt hätte, wenn ein anderer sein Amt übernommen hätte. Ob allerdings die Arbeit dadurch erleichtert worden wäre, wenn ein Landwirt das Ernährungsministerium übernommen hätte, sei fraglich. Die praktischen Landwirte wünschen mit herangezogen zu werden, sie wollen Rechte haben. Gut, sie müssen dann aber auch Pflichten erfüllen, nicht bloß reden, sondern auch mitarbeiten. — Von einem anderen Debatteuren wurde mitgeteilt, daß in Stuttgart Ende Oktober eine Besprechung stattgefunden habe über die Kartoffelverformung der Landeshauptstadt, in der man von einem Kartoffelpreis mit 7.25 Mark ausgegangen sei, obwohl damals schon der Reichshöchstpreis auf 9 Mark stand. In der Kommission lagen 23 Verbraucher und 2 Erzeuger. Da dürfe man sich doch nicht wundern, daß die Beschaffung von Kartoffeln für die Stadt auf so große Schwierigkeiten stoße. Minister Graf antwortete darauf, daß am letzten Freitag die erste Sitzung des Ernährungsbeirats seines Ministeriums stattgefunden habe. Auch er hatte sofort den Eindruck, daß die Verbraucher im Übergewicht seien. Nur 5 der Mitsiedler kommen als Produzenten in Betracht. Zukünftig solle völlige Parität in der Besetzung der Beiräte eintreten. Der Auswahlgang bedachte er in Bayern zu tätigen. Künftig sollen auch die Landwirte bei der Verwaltung, die bisher in Händen des Kommunalverbandes ist, mehr herangezogen werden, aber nur unter der Voraussetzung, daß dem Ernährungsministerium eine Sicherheit dafür geboten wird, daß die Ernährung nicht in Frage gestellt ist. Dem Ernährungsminister lege daran, auf möglichst weitgehendem Vertrauen zu stehen. Der Grundgedanke sei, wer nicht arbeite, soll auch nicht essen, sei ein praktischer Standpunkt zu Zeiten geordneter Verhältnisse. Aber jetzt müsse man dafür sorgen, daß diejenigen, die arbeiten wollen, auch Arbeit bekommen. Gegen diese Leute könne man den Standpunkt des Sprichworts nicht durchführen. Die Arbeitnehmer hätten die Pflicht, beim Landesamt für Arbeitsvermittlung ihre Bedürfnisse für Arbeitskräfte anzumelden. Wer aus dem Standpunkt stehe, daß die jetzige Regierung sich nichts sagen lasse von den Landwirten der habe aus der heutigen Versammlung nichts gelernt. Die Regierung habe den festen Willen, alles auszuräumen, was das Vertrauen hindert. Von Seiten der Landwirtschaft aber dürfe nicht von altem Anfang an gegen die Regierung Widerstand und Mißtrauen aufgebracht werden.

**Frankfurt, 5. Nov.** Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus dem Haag: „Quelle Nieuwe“ berichtet, daß es auf dem holländischen Westindienhof zu bedeutendsten Zusammenstößen gekommen ist. Kommunistische Arbeiter haben dort einen Zug mit belagerten Wagnern beschossen, auch eine französische Wache und französische Truppen wurden angegriffen. Zwei der Beteiligten sind getötet. Auf dem Bahnhof herrschte große Panik.

**Köln, 6. Nov.** Am gleichen Tage, an dem in Köln Kienleinfabrik angezündet wurden, die für die Zeitschrift „Kommunistische Republik“ wuschen, veröffentlichten die politischen Parteien des Wahlkreises Köln-Nachdem mit Ausnahme des Zentrums folgende Erklärung:

„Die unterzeichneten politischen Parteien des Wahlkreises Köln-Nachdem haben in ihrer Einschließung alle Zweifels darüber befreit, daß sie alle offenen oder versteckten Lösungsbestrebungen auf das Schärfste verurteilen. Die Anhänger dieser Bestrebungen sollen sich klar darüber sein, daß für sie in unseren Reihen kein Platz ist. Wir fordern sie deshalb ab, aus unseren Reihen auszutreten. Gegen jeden Versuch zur Errichtung einer rheinischen Republik werden wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln vorgehen. Unterschriften: Deutsch-demokratische Partei, Deutsche Volkspartei, U. S. P. D.“

**Berlin, 6. Nov.** Laut „Berliner Tageblatt“ läßt die bereits gemeldete Verhaftungs- und Bereiterungsaktion, die sich bei dem Udo Haase bemerkbar macht, und eine Genesung teilweise ausschließt, die Möglichkeit eines plötzlichen Ablebens in nächste Tage rücken. Haase ist vollständig teilnahmslos und schließt sich nicht.

**Berlin, 6. Nov.** Die Berliner Schuldeputation lehnte es ab, irgendeine Art Erklärung zu einer offiziellen Revolutionsfeier anlässlich der Wiederehrung des 9. November zu geben.

**Frankfurt, 5. Nov.** Das Saarbrücker Kriegsgericht der Franzosen verurteilte 62 Personen, darunter viele Frauen, die sich an den letzten Streik beteiligt hatten, zu insgesamt 50 Jahren Zuchthaus, 30 Jahren Gefängnis und 1825 Franken Geldstrafe. Außerdem wurden 8 Ausweisungsbefehle erlassen.

**Mannheim, 5. Nov.** Erst vor kurzem haben wir über einen Eingriff der französischen Besatzungsbehörde in die deutsche Rechtsprechung im Falle Präfekt berichtet und schon hat sich wiederum ein ähnlicher Fall ereignet. Am 14. September ds. Js. wurde in der Nähe von Birmanens ein Wildschütz namens Krey aus dem Elfaß

festgenommen, der auf pfälzischem Gebiet gejagt hatte. Der Ankläger Wieser in Birmanens verfügte keine ordnungsmäßige Verhaftung, die später gegen eine Kautionstellung von 5000 Mark wieder aufgehoben wurde. Bis dahin nahm also die Rechtsplege ihren ordnungsgemäßen Verlauf. Nun kommt das Unglaubliche: Der Kontrolloffizier von Birmanens drang mit den Manieren eines militärischen Gewalthabers in die Arbeitsräume des Amtsgerichts ein, um den Ankläger zur Rücksicht zu ziehen, weil er einen französischen Staatsangehörigen habe verhaften lassen. Obwohl ihm der Ankläger in höflicher Form bedeutete, daß die Ausübung der Gerichtsbarkeit von dem deutschen Gerichtsbeamten nach deutschem Rechte ausgeübt werde, verlangte der Franzose die sofortige Aushebung der von dem deutschen Richter getroffenen Verfügungen. Als sich der Richter dagegen wehrte, verließ der Kontrolloffizier unter Drohungen das Amtsgebäude. Diese Drohungen wurden auch in die Tat umgesetzt. Ankläger Wieser wurde durch den Kommandierenden General der französischen Armee auf 30 Tage seines Amtes entsetzt und ihm das Gehalt für diese Zeit entzogen. Die gleiche Strafe wurde gegen den Amtsgerichtssekretär Japp ausgesprochen, weil er dem französischen Offizier nicht höflich genug begegnet sei. Der Wildschütz erhielt nicht nur eine Kaution von 5000 Mark zurück, sondern sieht auch noch seiner Entschädigung für die Tage seiner Haft entgegen, die ihm das Deutsche Reich zahlen muß. So sieht das „Recht“ aus, das der französische Militarismus unserer Republikals beschert.

#### Die verantwortlichen Staatsmänner vor dem Untersuchungsausschuss.

**Berlin, 5. Nov.** Wenn anfangs beabsichtigt war, in der Mittwochung den Admiral Koch als Zeuge zu vernehmen, so ergab doch der Lauf der Verhandlungen, daß noch von allen Seiten so viele Fragen an diesen Zeugen gestellt werden mußten, daß an eine Vernehmung des Admirals Koch noch nicht zu denken war. Die Vernehmungen gehen jetzt, nachdem die Zeugen in ihren Äußerungen die großen Gesichtspunkte ihrer Politik dargelegt haben, mehr ins Einzelne und besonders der Reichsminister Dr. Singheim, der mit der Materie besonders vertraut zu sein scheint, stellt eine Menge von Fragen, die häufig sehr heikler Art sind und versucht, das Verhalten der ehemaligen politischen Leitung des Reichs zu beleuchten.

Am Vordergrund des Interesses steht nach wie vor der unangenehme U-Bootskrieg und die Frage, ob der ehemalige Leiter der Regierung nicht in der Lage gewesen ist, gegenüber der Obersten Heeresleitung und dem Admiralstab seine Ansicht kundzutun. Was ist jedenfalls am Mittwoch festzustellen worden, nämlich, daß Herr von Bethmann-Hollweg am 9. Januar, dem Tage der Entscheidung über den U-Bootskrieg, fest an die Zweckmäßigkeit dieses Vorgehens geglaubt hat. Herr von Bethmann-Hollweg wehrte sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß der Ausschuss immer nur in den Dienstleistungen des Grafen Berthold des Entschlusses steht. Mit erhobener Stimme und unerbittlicher Erregung erklärte er, daß für ihn einzig und allein die heftige Kollektiv-Rote der Entente vom 30. Januar maßgebend gewesen sei.

Ein anderer Mal kam es am Mittwoch zu einem dramatischen Zusammenstoß des alten Reichsanzlers mit dem Referenten, Dr. Singheim, als dieser eine Frage stellte, die der Reichsanzler bereits einmal ausführlich beantwortet hat. In außerordentlicher Erregung und mit der Faust auf dem Tisch schlugen, vertrat sich Herr von Bethmann-Hollweg derartige Doppelfragen, die man nur dazu benutzen wollte, um Gegenstände in seinen Aussagen zu konfirmieren. Die Bewegung, die dabei durch den Saal lief, gab dem Ankläger recht, wenn er sich auch gleich darauf für den Ausbruch seines Temperaments als höflicher Mann entschuldigte.

Auch ein Novum brachte die Mittwochung. Als eine Frage angehängt wurde, bei der neutrale Verhalte und Auslagen neutraler Staatsmänner zur Verfügung kamen, warnte der Sachverständige, Konrad Müller, vor der Verhandlung solcher Dinge in der dreien Öffentlichkeit, die dem Ansehen Deutschlands bei den Neutralen Abbruch tun könnte. Daraufhin wurde zum ersten Mal bei den Sitzungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Der Fall wiederholte sich, als gegen Ende der Sitzung wiederum neutrale Verhältnisse zur Verhandlung standen.

Am Donnerstag wird man nun weiter verhandeln. Der Vorsitzende, Warnath, machte den früheren Staatssekretär Hefflicher bereits darauf aufmerksam, daß er nun bald daran gehen werde, auch ihn zu vernehmen und mit ihm werden auch Admiral Koch und Admiral von Capelle auf dem leibgepostesten Zeugnistuhl Platz nehmen. Dann wird der Tag nicht fern sein, in dem auch die Oberste Heeresleitung sich für ihre Politik zu rechtfertigen haben wird. Denn letzten Endes steht der Gang der Verhandlungen gerade so, daß schließlich nur die beiden Führer des deutschen Heeres eine letzte Auskunft geben können.

#### Der beabsichtigte Generallstreik.

**Berlin, 5. Nov.** Der „B. Z. a. M.“ zufolge stimmen alle Berichte darin überein, daß die Generallstreikparole des roten Bollzugsrates mit geringer Erfolgschance findet. Die Sozialdemokratie ist gegen den Generallstreik. Auch der Gewerkschaftsausschuss hat gestern abgesehen, dem Generallstreik zuzustimmen. Der rote Bollzugsrat hat davon aber in seiner Veranlassung nichts mitgeteilt. Die Zahl der Arbeitswilligen in den großen Establishments der Metallindustrie nimmt zu. In den Siemenswerken arbeiten 67000 Mann. Auch die Angestelltenverbände haben es abgelehnt, sich an dem Streik zu beteiligen und die Angestellten der Metallindustrie aufgefordert, unbedingt in den Betrieben zu verbleiben.

**Berlin, 6. Nov.** Nach siebenstündiger Sitzung lehnte die am Mittwoch nachmittag tagende Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission den Eintritt in den Generallstreik mit 66 gegen 66 Stimmen ab. Dagegen gelangte ein Antrag Schmidt zur Annahme, wonach der Ausschuss der Gewerkschaftskommission beauftragt wird, mit den maßgebenden Behörden zu verhandeln, um die Maßregelungen der bisherigen Betriebsvertragsstellen rückgängig zu machen.

**Berlin, 6. Nov.** In den Kreisen der Reichsregierung wurde die Streiklage gestern nachmittag wie folgt beurteilt: Es müsse in jedem Falle mit einer Verschärfung der Streiklage gerechnet werden. Mitglieder des roten Bollzugsrates hätten sich dahin geäußert, auch lebenswichtige Betriebe lassen zu legen. Auch die Entladung der Kohlen- und Lebensmittelmittel müsse man unterbinden. Die Regierung sei entschlossen, mit allen Mitteln diesem Generallstreik entgegenzuarbeiten. Die Gründe für die Verkehrsperre seien nicht, wie vielfach vermalet wurde, in der Befürchtung von Unruhen zu suchen, sondern in den Vorstellungen des Reichspostkommissars und in den Hilferufen der süddeutschen Staaten. Dazu käme die große Kartoffelnot in Preußen. Ursprünglich habe man beabsichtigt, notwendige Personenzüge weiterhin verkehren zu lassen, schließlich aber habe man selbst das aufgeben müssen. Auch nach dem 15. November würden noch sehr bedeutende Einschränkungen nötig sein. Falls die Transportmittel infolge einer Streikbewegung nicht voll in der Zeit vom 5. bis 15. November ausgenützt würden, seien diktatorische Maßnahmen notwendig für die bereits die Vorbereitungen getroffen seien.

**Berlin, 5. Nov.** Von Oberbefehlshaber Roske wurde der Erlaß zum Schutz der lebenswichtigen Betriebe vom 17. Oktober für Groß-Berlin wieder in Kraft gesetzt. Dadurch werden alle Maßnahmen, die bezwecken, lebenswichtige Betriebe still zu legen, mit Gefängnisstrafe oder sofortiger Verhaftung bedroht.

#### Erneuter Aufruf der Reichsregierung.

**Berlin, 6. Nov.** Die Reichsregierung und die preussische Regierung erlassen folgenden Aufruf: Volksgenossen! Ein verrückter Streik soll gegen Euch geführt werden. Wir haben dem Lande das schwere Opfer der zeitweiligen Einstellung des gesamten Personenerkehrs auferlegen müssen, um im letzten Augenblick Kohlen und Kartoffeln in die Städte zu bringen. Diese für Tausende von Einzelkämpfern außerordentlich harte Anordnung mußte getroffen werden, um der Gesundheit des Volkes die Räte und die Arbeitslosigkeit fernzuhalten. Sie kann nur aus Erfolge führen, wenn alle Kräfte angespannt werden, um die fremden Transportmittel auch bis zum Neuesten auszunutzen.

Um diesen Erfolg soll das deutsche Volk betrogen werden, gerade jetzt wird zum politischen Generallstreik aufgerufen. Ein Aufruf auf Leben und Gesundheit wird damit getrieben, in seinen Folgen so verhängnisvoll, daß die gesamte Bevölkerung ihm in einheitlicher Front entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen muß. Der Kampf der Metallarbeiter ist, soweit er ein wirtschaftlicher Kampf war, durch Verhandlungen so gut wie gegenstandslos geworden. Trotz alledem soll weiter gekämpft werden, so differt es eine zum Neuesten bereite Widerheit, an ihrer Spitze die von den radikalen abhängigen über Kommission und der unabhängigen kommunalistischen Rumpfbollzugsrat spricht offen von einem nun politisch gewordenen Kampf.

Das deutsche Volk will Frieden, Ruhe, Ordnung und Brot. Es weiß, daß die Arbeit dieser Tage keinen Anstoß duldet und es wird sich in keiner überwiegenden Mehrheit gegen Elemente wehren, die es noch tiefer ins Unglück stürzen.

Wir sind verantwortlich für Leben und Gesundheit von 60 Millionen Deutschen. Wir werden sie mit Aufbietung aller Kraft schützen. Volksgenossen! Steht uns in vielen schweren Tagen zur Seite. Es geht um Euch, um Euer Frauen und Kinder!

#### Die neue Erpressungsnote der Entente.

**Berlin, 6. Nov.** Die neuen „Strafen“, die uns die Entente auferlegt, haben auch nicht einen Schimmer des Rechts für sich. Sie sind nackte Erpressung. Die deutsche Flotte war in Scapa Flow nur „interniert“ und gehörte den Engländern nicht. Wenn jemand, so kann Deutschland an den Admiral Keiser Ansprüche stellen, keineswegs aber England, dessen Pflicht es gewesen wäre, die Schiffe zu überwachen. Niederträchtige Schandtat ist Frankreichs Vorwurf, daß Deutschland 42 Lokomotiven und 4260 Eisenbahnwagen nicht geliefert habe. Wenn diese fehlen, ist Frankreich selbst schuld, weil es willkürlich die Annahme verzögerte. 10 000 Lokomotiven und 270 000 Wagen hatte Deutschland statt der geforderten 5000 und 150 000 vorgeführt. Frankreich hatte also übergenug Auswahl. Aber es ließ offenbar mit Vorbedacht die Zahl unerfüllt, um daran neue Forderungen zu knüpfen. In Wirklichkeit hat Frankreich sogar für Elfaß-Lothringen 12 000 Wagen zu übernehmen. Wir haben also schon mehr Betriebsmittel der Entente zur Verfügung gestellt, als der Waffenstillstandsvertrag von uns fordert. Die landwirtschaftlichen Maschinen, die erst in diesem Jahre von uns gefordert wurden, müssen fast sämtliche neu hergestellt werden. Daß das nicht innerhalb einiger Monate geziehen kann, ist völlig klar. So wie mit dem Waffenstillstand wird es uns auch mit dem Friedensvertrag gehen. Er gibt dem Feinde beliebig viele Vorwände, uns auszusperren nach Herzenslust. — Der Wiederaufbau der deutschen Flotte muß unendlich gemacht werden, wenn die Bestimmungen ausgeführt werden. Wenn man uns die Docks formittelt, werden treude Schiffe nicht mehr die Möglichkeit haben, bei uns zu docken. Durch die Fortnahme der Bagoreinrichtungen würden wir nicht einmal mehr in der Lage sein, für ein ungefähres Zahlensystem an unseren Küsten und in unseren Flüssen zu sorgen. Die Lieferung der fünf Kreuzer, Raubzinnen und Unterseeboot-Teile wird über-

**Tagelohnpreis.**  
Die einpaltige Peritzeln über deren Raum 25 g außerhalb des Bezirks 30 g bei Ausfuhrerzeugung durch die Sechsdrittelhülle 30 g extra.  
Kessler, Peritzeln 50 g bei größeren Leistungen entsprechend. Näher, der in Falle des Mahnerichts häufig wird.  
Schlag der Anzeigen-Annahme: 4 Uhr vorm. Fernsprecher Nr. 4 für tele. Nachrichten mit Feinerei-Gebühren übernommen.

das in so kurzer Frist verlangt, daß die Erfüllung gar nicht so schnell möglich ist. Die ganze Niederträchtigkeit der Bestimmung tut sich aber kund in den angeordneten Strafmaßnahmen. Unfreie Schiffsmannschaften sollen so lange in der Gefangenschaft bleiben, bis die Forderungen erfüllt sind.

### Ausland.

#### Die Programmrede Clemenceaus.

Strasburg 1. C., 5. Nov. Ministerpräsident Clemenceau, der gestern hier eingetroffen war, hielt die angekündigte Programmrede, in der er vor allem die Notwendigkeit eines festen Zusammenhaltens der Franzosen unter sich betonte. Nur so werde das Land den Anstürmen von innen und außen erfolgreich Widerstand leisten können. Er trat für sozialen Ausgleich mit einer Entwicklung innerhalb des Gesetzes ein. Die Interessen der Arbeiter und Bauern seien dieselben und es sei die unerlässliche Voraussetzung für eine gütliche Lösung, daß beide Teile einander hinsichtlich der Steuerreform erklärten. Clemenceau, daß zur Schaffung des Ausgleichs im Budget Frankreichs die Steuern für alle Erfordernisse herangezogen werden müßten. Zur Wiederbelebung der Volkswirtschaft müsse in erster Linie die Transportfrage behoben werden, die landwirtschaftliche Produktion gehindert und dem unheiligen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit ein Ende gemacht werden. Clemenceau schloß: Die Vorfälle bringen uns einen guten Willen entgegen. Unser Bestreben muß es sein, ihn noch zu steigern. Wir Franzosen müssen alle eins, sein im Kampfe für die Größe Frankreichs und für die Wohlfahrt der Welt. (Nach französischen Rechtsbegriffen s. oben „Französische Rechtsbeugung und Epreßungsakte der Entente“. Schriftl.)

#### Die „Göden“ an England ausgeliefert.

London, 6. Nov. Der erste englische Seelord Walter Long erklärte im Unterhaus, daß die Türken den früheren deutschen Kreuzer „Göden“ den Alliierten ausgeliefert haben. Es wurden alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen um eine Sabotage oder Verletzung des Schiffes zu verhindern. Eine englische Marineabteilung hat das Schiff besetzt. Die „Göden“ wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen nach Philippville geschickt werden, das sie am 4. August 1914 bombardierte, um der dortigen Bevölkerung Sicherheit zu geben, das Schiff zu besichtigen. (Als seine Demütigung soll uns erspart bleiben, feindseliger Uebermut gegenüber einem in Ehren unterlegenen Gegner feiert fortgesetzt Leumund. Findet sich kein Admiral Neuber, der dem stolzen Schiff, einst der Schreck der Feinde, diese Schmach erspart? Schriftl.)

### Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 7. Nov. Der Staatsanzeiger vom 6. ds. Mts. enthält eine Verfügung des Ministeriums des Innern, wonach auf Grund des Art. 50a des Polizeistrafgesetzbuchs bis auf Weiteres innerhalb bewohnter Ortschaften öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, Umzüge und ähnliche Kundgebungen verboten sind. Gleichzeitig wurde angeordnet, daß alle politische Versammlungen, gleichviel ob sie im Freien oder in geschlossenen Räumen stattfinden, spätestens 12 Stunden vor Beginn bei der zuständigen Polizeibehörde angemeldet werden müssen.

Neuenbürg, 7. Nov. (Kartoffelbezugsheine.) In der Bevölkerung ist die Meinung verbreitet, daß die auf Bezugsheine bestellten Kartoffeln nicht mehr geliefert werden dürfen. Dies ist ein Irrtum. Die auf Einzubezugsheine bei dem Erzeuger bestellten Kartoffeln können bis 30. November unbeanstandet versandt werden. Der Erzeuger, der eine Bestellung angenommen hat, ist zu ihrer Erfüllung vertraglich verpflichtet. Sofern die übliche Verbrauchereinigungen, wie dies an einzelnen Orten versucht worden ist, den Versand hindern wollen, handeln sie willkürlich und gegenstandslos. Es ist Anordnung getroffen, daß gegen solche Versuche von den Behörden eingeschritten wird. Bei Sammelbezugsheinen für Anstalten, Vereine usw. hat dagegen die Handelskartoffelstelle angeordnet, daß solche nicht mehr von den Erzeugern unmittelbar erfüllt werden dürfen, sondern durch die Uebersehbundkommunalverbände geliefert werden, und zwar in gleichem Anteilverhältnis, in dem diese ihre Lieferpflicht an die auf sie verwiesenen Bedarfskommunalverbände erfüllen. Diese Anordnung war notwendig, weil sonst die rechtzeitige Belieferung der Kommunalverbände zum Schaden der Allgemeinheit der Verbraucher gefährdet wäre.

Neuenbürg, 7. Nov. (Keine Postsperrung in Württemberg.) Das Reichspostministerium hat mit Rücksicht auf die Einstellung des Eisenbahnpersonenverkehrs die Postanstalten des Reichspostbezirks angeordnet, die Annahme von Paketen (ausgenommen Medikamente und Presseleistungen), sowie von Wertbriefen bis auf weiteres einzustellen. Diese Anordnung gilt auch für den Briefverkehr zwischen Württemberg und den anderen deutschen Postgebieten. Im inneren württembergischen Verkehr wird jedoch vorläufig von der Einstellung oder Einschränkung der Paket- und Wertbrieflieferung Abstand genommen. Um dem Anschwellen des Telegraphenverkehrs entgegenzuwirken, hat das Reichspostministerium ferner angeordnet, daß Glückwunschkarten- und Begrüßungstelegramme, sowie Telegramme in nicht dringenden Familienangelegenheiten und dergl. bis auf weiteres nicht zur Beförderung angenommen sind. Derselbe Verfügung hat das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Verkehrsabteilung, auch für den inneren württembergischen Verkehr getroffen.

Neuenbürg, 7. Nov. (Beförderung von Epreßglütern.) Von amtlicher Stelle wird darauf aufmerksam gemacht, daß gegenwärtig ein außerordentlicher Andrang bei der Auslieferung von Epreßglütern und Gepäckstücken besteht, weil vielfach die Meinung herrscht, die Beförderung von Epreßglütern werde vom 6. November ab eingestellt. Dies trifft keineswegs zu. Es verkehren vielmehr auch weiterhin noch so viele Personenzüge, daß trotz der bestehenden Verkehrsbeschränkung Epreßglüter nach wie vor ohne nennenswertes Verögerung befördert werden können. Sollte der übermäßige Andrang bei der Epreßglüterauslieferung in dem folgenden Maße weiterbestehen bleiben, so würde das Bahnamt genötigt sein, die Annahme zeitweise gänzlich einzustellen.

Aus dem Bezirk, 5. Nov. (Eingefondt.) Das spasshafte Stückchen über den „übertriebenen Kampf gegen die Fremdwörter“ in Nr. 256 erfordert eine sehr ernsthafte Nachbemerkung. Der Kampf gegen die Fremdwörter war bisher und ist künftig in höherem Grade eine außerordentlich wichtige Aufgabe der deutschen Bildung. Es gibt nämlich keine Sprache in der weiten Welt, die auch nur entfernt so sehr mit Fremdwörtern durchsetzt ist, wie das Deutsche. Das ist kein Zufall. Es erklärt sich einmal aus der jammervollen deutschen Geschichte, mehr noch aus der deutschen Geistesanlage. Die Sprache ist der Ausdruck des Inneren, und an unserer Sprache faßt man seit Jahrhunderten die deutsche Kraft zum Vorschein: die Schwäche unseres Volksgedächtnisses, die Vordienerei gegenüber dem Ausland, die Ueberhöhung alles Besonderen vor dem Allgemeinen. Das sind die Dinge, die recht eigentlich

unsern Zusammenbruch herbeigeführt haben. Das deutsche Volksgedächtnis zu stärken, ist die nächste, dringendste Aufgabe, und sie muß anheben im Innersten, dem wunderbaren Gefühl unserer Gedanken, der deutschen Aussprache. Und da gilt es vor allem ihr den höchsten Stellen aus dem schönen, stolzen Angeficht zu waschen: die Fremdwörter. Der Kampf dagegen kann nicht leicht „übertrieben“ werden. Denn die deutsche Sprache ist die reichste, bildungsfähigste von allen und alles, alles, das höchste wie das tiefste kann deutsch ausgedrückt werden, gewissermaßen ein „normales Schriftstück“. Darum ist es ein Jammer, daß sie statt in ihrem stolzen Königsmantel so vielfach noch in ihrem geflickten und geselkten Bettlerkleid herumläuft. Gewiß sind insofern schon „Uebertreibungen“ vorgekommen, als da und dort der Eifer für die gute Sache auch die alten, längst eingedeutschten Bezeichnungen, die hinauszuwerfen wollte. Das ist unnötig, denn diese Wörter sind ja ganz deutsch geworden, so daß ihnen kein Mensch den fremden Ursprung mehr ansieht; z. B. Fenster, Keller, Tisch, Kirche u. a. Daneben mögen etliche aus neuerer Zeit, die freilich schon mit ihrem Ton sich verraten, vorläufig fortbestehen, wie etwa Musik, Religion, Konzert und etliche andere dergl. Man kann das natürlich auch auf deutsch sagen, aber kurze, schlagende Bezeichnungen haben sich noch nicht durchgesetzt. Aber sonst hinaus mit all dem häßlichen Unrat aus unserem Gelehrten- und Zeitungsdeutsch! Es geht, wenn man nur will, es geht sogar viel besser. Es ist so viel bequemer, das schwammige Fremdwort hin zu schreiben, als sich ein wenig bekümmern auf den treffenden deutschen Ausdruck. Mit Beistimmung könnte das in Nr. 256 genannte Schriftstück in reinem Deutsch wiedergegeben werden. Ich finde, daß der Verfasser sich seinen Spott etwas leicht macht. Es ist einfach Bidschm, Rindler mit „Dienstmann“ zu übersehen. Warum z. B. nicht „Staatsrat“. Das wäre eine ganz staatsmäßige Amtsbezeichnung. Nebenbei gesagt: Der „Mitt.“, der diesen Mitt. auftritt, ist das Wipplblatt des „Berliner Tageblatts“, einer Zeitung, die bemüht alles rein deutsche mit giftigem Haß verfocht. Hinter diesen schlechten, wirklich schlechten Wippen steht ein Pferdewuß, dem nur der Eingeweihte bemerkt.

Wer sich näher über diese Fragen unterrichten will, dem seien ein paar hübsche Büchlein des bekannten Geschichtsforschers des deutschen Schrifttums, Eduard Engel, empfohlen. Dieser Mann hat eine große, zweibändige „Deutsche Literaturgeschichte“ in ganz reinem Deutsch, ohne ein einziges wirkliches Fremdwort geschrieben. Also es geht, wenn man will. Dieses Wollen möchte er auch in anderen Fächern mit den 3 kleinen Werten: „Sprich Deutsch!“, „Entwelschung“, „Deutsche Sprachschöpfung“ und dem größeren „Deutsche Stilkunst“. Wer sie liest, hat seine Freude daran.

### Württemberg.

Nogold, 5. Nov. (Viehablegerung.) Zur Ablegerung an die Entente hat der Oberamtsbezirk Nogold auszubringen: 33 Kühe (die Hälfte tragend, die Hälfte in Milch), 24 tragende Rinder (Kalbinnen) und 1 Ferkel. Es wird versucht, die Tiere zunächst durch freihändigen Verkauf zu erwerben.

Altensteig, 5. Nov. (Hohe Holzpreise.) Bei dem am Donnerstag, 30. Oktober, im „Grünen Baum“ hier stattgefundenen staatl. Kadelstammholzverkauf, bei dem Langholz Normal und Ausschuf, sowie etwas Sogholz zum Verkauf kam, wurden 400—512 Prozent (im Durchschnitt 467 Prozent) der staatl. Lappreise erzielt.

Stuttgart, 4. Nov. (Die Höchstpreis-Ueberbreitung.) Die „Tagw.“ schreibt aus dem Oberamt Oberndorf: Vor kurzem wurde ein beamteter Schieber von der Staatsanwaltschaft Oberndorf mit 1000 Mark Geldstrafe belegt. Der Beamte hatte vorzeitig gerichtliche Entscheidung und was geschah? Das Schöffengericht Oberndorf reduzierte die Strafe auf 40 Mark! Dem Amtsrichter ist hier wohl keine Schuld beizumessen, jedenfalls waren es die Schöffen, die den Schieber so gelinde bestrafen wollten. Es besteht die unbedingte Notwendigkeit, daß die Arbeiter und sonstigen Verbraucher weit mehr wie bisher zum Amt des Schöffen herangezogen werden. Was sollen die Verbraucher tun, wenn Kommunalverbände als Käufer, die Höchstpreise überschreiten? Dem Verbraucher bleibt dann nichts anderes übrig, als daselbe zu tun, wenn er mit seiner Familie nicht verhungern will. Der Kommunalverband Frudenstadt zum Beispiel bezahlt für einen Zentner Kartoffeln 18 Mark. Infolgedessen kommt der Schultheiß von 24 Höfe erklären, daß in seiner Gemeinde unter 15 Mark keine Kartoffeln zu haben seien. Bei den Obstpreisen ist es offenes Geheimnis, daß alle Preise, nur nicht die Höchstpreise, verlangt werden. Begünstigt wurde das dadurch, daß beschlagnahmtes Obst wieder freigegeben wurde. Das alles sind nur nähere Änderungen eintreten lassen. (Wie die Erfahrung zeigt, sind es in erster Linie die Verbraucher, welche über die Höchstpreise einkaufen und Kommunalverbände und Vertreter von Gemeinwesen, dadurch zwingen, ein gleiches zu tun, wenn sie ihren Bedarf decken wollen. Schriftl.)

Stuttgart, 5. Nov. (Hesigommener Hochstapler.) Neulich wurde von Schachschwindlern, die in einem hiesigen Gasthaus Zigaretten im Wert von etwa 20000 Mark an sich gebracht, die Ware in Alm verkauft haben, dann im Kraftwagen nach Friedrichshafen und von da im Luftschiff „Bodensee“ nach Berlin entflohen sind, berichtet und dabei mitgeteilt, daß zwei von ihnen in Stuttgart festgenommen worden seien. Nun wurde auch der dritte, der 21 Jahre alte Kaufmann Siegfried Oberle von Weimar, ein Hochstapler schlimmster Sorte, in Hamburg festgenommen.

Stuttgart, 7. Nov. (Wahngerichte.) Ab 1. Dezember ist bei jedem Landgericht ein Wahngericht einzurichten und zwar von Reichswegen. Das Wahngericht besteht aus 3 Richtern und 8 Schöffen und zwar soll einer der letzteren den Verbrauchertreuen angehören. Am Dienstag hatte die Regierung eine Bauernversammlung nach Stuttgart berufen, um die Bauernschaft zur Bekämpfung des Wuchers mit heranzuziehen. Man wird in diesem Bestreben wohl eine Maßnahme des neuen Ernährungsministers Graft zu sehen haben.

Stuttgart, 5. Nov. (Der Unfall der Frau Jetkin.) Zu den in der Presse verbreiteten Berichten über den Unfall der Wg. Frau Jetkin erfahren wir, daß die Sache nicht so schlimm gemeint ist. Wichtig ist, daß Frau Jetkin am letzten Sonntag in ihrem Anwesen einen leichten Fall getan und eine Blutbeule am Kopfe davongetragen hat. Von einem Witzzug ins Gehirn ist keine Rede. Frau Jetkin ging nach dem Fall selbst ins Haus zurück und hieltete kurze Zeit das Bett. Sie ist aber bereits wieder auf, hält morgen, Donnerstag abend in der Wiederhalle ihren Sozialisierungskurs und wird pünktlich zum demnächstigen Wiederbeginn der Vortageveranstaltungen erscheinen.

Heilbronn, 5. Nov. (Zur Gasnot.) Dem Gaswerk ist es gelungen, die nötigen Kohlen herein zu bringen, um die Gasabgabe für die nächsten zwei Tage sicher zu stellen. Es kann aber Gas nur für Beleuchtungswecke von Einbruch der Dunkelheit bis 9 Uhr abends abgegeben werden.

Nürtingen, 5. Nov. (Das erste Hotel als Fabrikbau.) Der

Besitzer des Hotels Schöll, Fabrikant Ebinger, plant das Hotel samt dem Saal in eine Fabrik umzuwandeln. Stadtschulze Bauer richtete im Gemeinderat einen öffentlichen Appell an den Besitzer, damit der Saalbau der Stadt erhalten bleibe.

### Baden.

Pforzheim, 6. Nov. Neue Lohnforderungen in der Schuhwarenindustrie werden von der organisierten Arbeiterschaft erhoben. Die derzeitigen Stundenlöhne für Arbeiter sollen um 10 Pfennig, für Arbeiterinnen um 40 Pfennig und die Akkordlöhne um 25 Prozent erhöht werden. Ferner sollen die Grundlöhne (Einstell-Löhne) für die Stunde um 30 Pfennig erhöht werden. Für schulpflichtige Kinder soll den Arbeitern eine wöchentliche Zulage von je 2 Mark gewährt werden. Die Beihilfen sollen im ersten und zweiten Halbjahr einen Stundenlohn von 25 Pfennig, im dritten und vierten Halbjahr einen solchen von 35 Pfennig, im fünften Halbjahr 50 Pfennig, im 6. Halbjahr 60 Pfennig, im 7. Halbjahr 65 Pfennig und im 8. Halbjahr einen Stundenlohn von 75 Pfennig erhalten. Diese Forderungen gelten auch für die Fabrikbetriebe und werden mit Wirkung vom 29., 30. und 31. Okt. ds. Js. (je nach Lage des Zahlunges) erhoben.

Pforzheim, 4. Nov. In einer sehr stark besuchten Eisenbahner-Versammlung, die gestern abend in der Brauerei Beckh am Markt stattfand, kam es zu interessanten Darlegungen. Der Vorsitzende Schreiner berichtete über die Vorgänge in Karlsruhe anlässlich der Vorbereitungen über die Beschäftigungszug. Ein Streik sei ausgedehnt worden, da der Beamtenbund einen solchen ablehnte und der Bad. Eisenbahnerverband sich über seine Haltung nicht klar war. Eine Erhöhung der Zulagenhöhe sei nicht erreichbar gewesen. Da die Teuerung fortgesetzt steige, werde ja am 1. Dezember der Lohnnachtrag gekündigt werden müssen, da weitere Zuschüsse kaum mehr zu erwarten seien. Der Verband des deutschen Verkehrspersonals, Gau Baden, habe in Südbaden jetzt 18 500 Mitglieder; allein in Baden seien in den letzten vier Wochen 2000 Neueintritte erfolgt. Sodann erfolgte ein Bericht des Vorsitzenden über ein längeres Referat über: Die Ursache der fortwährenden Zulagenforderungen.

Ettlingen, 4. Nov. Wie die Wucherpreise entstehen, gab dem „Bad. Volksblatt“ zufolge, eine hier abgehaltene öffentliche Versammlung Zeugnis. Die Gegenstandsgüter des Offizierskontos im hiesigen Reservelazarett wurden an die Weisbühnen veräußert und dabei Preise erzielt, die ans Fabelhafte gingen. 3 Billardbälle galten 60 Mark, 2 eichene Stühle mit Lederfuß und Rückenlehne bis 200 Mark, ein solcher mit Armlehne bis 350 Mark, ein kleines Sofa mit Rippbezug 600 Mark und so ging es weiter. Und wer waren die Käufer? Ein Dutzend Händler von der Großstadt waren es, die alles an sich rissen, so daß das große Publikum als Strengerer einfach an die Wand gedrückt wurde, weil es nicht in der Lage war, solche Preise zu bezahlen. Die Händler selbst trieben die Preise unter sich noch weiter in die Höhe, um dann dieselben Gegenstände natürlich zu noch höheren Preisen weiter zu verkaufen, wofür sich dann das entsprechende Publikum findet.

Durlach, 4. Nov. Letzte Woche wurden auf dem Waggenger der hiesigen Trainstationen nichts als Mäntel und eine Uhr und dem Waggenger — das Gewehr gestohlen. (1) Die bei Reichwehrrsoldaten, denen die Wache übertragen war, wurde entlassen.

Kehl, 5. Nov. Wie die „Kehler Zig.“ meldet, verstarb letzte Woche drei entwickelte deutsche Kriegsgefangene bei Altenheim über den Rhein zu schwimmen; zwei gelangten an das rechtsrheinische Ufer, der dritte, ein Norddeutscher, ist inmitten des Stromes ertrunken.

Lörrach, 4. Nov. Französische Kontrolloffiziere haben in den letzten Tagen die auf badischer Seite gelegene Festung Flein besichtigt, um den Stand der Schließungsarbeiten in Augenschein zu nehmen. Die Sprengung der Festungswerke, die von etwa 20 Mann vorgenommen wird, dürfte sich noch einige Monate hinauszuziehen, dagegen ist die Zerschlagung der unterirdischen Gänge dem Rhein entlang an der Eisenbahnbrücke vollendet.

Engen, 7. Nov. Der „Heg. Erzähler“ weiß folgenden drögen Bericht aus der Schule zu berichten: Ein kleines Mädchen sollte überlegen, weil es nichts wußte am Montag, also am Sonntag nichts gelernt hatte. Heutend kam die Kleine zu dem Lehrer und machte einen Versuch der Beamtensbedingung, indem sie sagte: „Wasch, wusch mit mir dolesch, i bring Dir e mol e Pfund Butter dofir“. — Und dann? — Ja und dann? bemerkte der Herr Lehrer: dann ging mir schier der Atem aus und ich ließ die kleine pfiffige Sünderin um des guten Willens willen laufen.

Konstanz, 4. Nov. Das Schwurgericht verurteilte den 19-jährigen Konstanzer Kump, der am 23. Juli den Kaufmann Baumann bei Engen erschoss, zum Tode.

Überlingen, 4. Nov. Da die Großherzogin Luise von Baden auf der Reimau wegen Brennstoffmangels nicht mehr in der Lage war, ihr prächtiges Palmenhaus weiter erhalten zu können, hat die Stadt Überlingen für ihren Stadtpark den größten Teil der kostbaren Pflanzen erworben.

Heidelberg, 5. Nov. Am hellen Mittag drang ein Spüßbügel genau in die Wohnung des Glasermeisters Rauch in der Fiegelgasse ein. Da von der Familie niemand anwesend war, hatte er genügend Zeit, um die Geldtasche zu erbrechen. Als die Hausbewohner aufmerksam wurden, raffte er 1000 Mark zusammen und enteilte durchs Fenster. Die Hausbewohner verfolgten ihn und machten die Leute auf der Straße aufmerksam, aber kein Mensch hielt den Gauner fest, so daß dieser unerkannt entkam.

Mannheim, 5. Nov. Aus Eiferucht hat der Metallhändler Heinrich Gräber den 43-jährigen verj. Tagelöhner D. Hoffsch durch einen Pistolenschuß getötet. Der Sohn des Getöteten stürzte sich mit geklammertem Messer auf den Täter und verletzte ihn durch mehrere Messerschläge schwer. — Ein gefährlicher Verbrecher stand in der Person des Tagelöhners Johann Stätter vor der Strafkammer. Er hatte einem Dienstmädchen die handtische entstriffen und auf der Verfolgung einen Schutzmann durch einen Revolvererschuss zu töten versucht. Das Gericht verurteilte ihn zu 3 Jahren Zuchthaus. — Die wegen Beteiligung an den Unruhen im Februar und Juni teils noch in Haft befindlichen, teils abgeurteilten Personen, wurden aus Mannheim entfernt.

### Vermischtes.

Einst und Jetzt! Zwei einfache badische Bauersleute wollten einen der bekannten praktischen Teufcher Wadofen kaufen, weil er ihrem Hauschen der alte Wadofen kaputt war. Man begab sich gelegentlich nach Krotzingen, um so einen neuen Apparat anzuschaffen. Auf die Frage nach dem Preis erfuhr man dann, daß es für die Verhältnisse geeigneter Wadofen auf etwa 1100 Mark zu stehen komme. Das wollten sich die Leute nicht leisten, denn meinte die Frau zum Manne: „Unser ganz Hässel bei im Friede nur 600 Mark kostet, m'r könne doch für de Wadofe keine 1100 Mark zahlen.“

Deutsche Unterstützungsgelder für Spieler. Eine Spielhölle,



**Schwann.**  
**Hochzeitseinladung.**

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

**Sonntag, den 9. November 1919,**  
im Gasthaus zum „Adler“ in Schwann  
stattfindenden

**Hochzeitsfeier**

freundlichst einzuladen.

**Otto Gauß, Bäcker,**  
Sohn des Jakob Gauß, Bäckers in Dennach,  
**Berta Kirchherr,**  
Tochter des Friedrich Kirchherr, Schuhmachers  
in Schwann.

Kirchgang 11 Uhr.

Wir bitten, dies als persönliche Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

**Conweiler.**  
**Hochzeits-Einladung.**

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer

**Sonntag, den 16. November 1919,**  
stattfindenden

**Hochzeits-Feier**

in den Gasthof zum „Waldhorn“ in Conweiler  
freundlichst einzuladen.

**Wilhelm Krüger,**  
Sohn des Herrn Gustav Krüger, Halle a. S.  
**Anna Werfle,**  
Tochter der Frau Luise Werfle, geb. Scheerer,  
Conweiler.

Kirchgang 10 Uhr.

Wir bitten, dies als persönliche Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

**Conweiler.**  
**Hochzeits-Einladung.**

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer

**Sonntag, den 9. November 1919,**  
stattfindenden

**Hochzeits-Feier**

in das Gasthaus zur „Sonne“ in Conweiler  
freundlichst einzuladen.

**Karl Holzhäuser, Schreiner,**  
Sohn des Ludwig Holzhäuser, Schreinermeisters  
in Conweiler.

**Lina Duf,**

Tochter des Friedr. Duf III, Landwirts, Conweiler

Kirchgang um 10 Uhr.

Wir bitten, dies als persönliche Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

**Tanzbelustigung**

Die Biefelberger Jugend unternimmt am **Sonntag, den 9. ds. Mo.** einen

**Tanzausflug**

nach **Schönberg im Löwen**, wozu sämtliche Freunde und Gönner freundlichst eingeladen sind.

Wildbad.

Ein lächtiger  
**Perde-Knecht**

kann sofort eintreten bei  
**Reunbach-Brauerei**  
Wildbad.

In.  
**Tierkörper-Melasse**

empfehlen  
**Bech & Ziegler,**  
G. Schneider's Nachfolger,  
Altensteig, Tel. 9.

**Sozialdemokr. Partei Neuenbürg.**

Am **Sonntag, den 9. Novbr.**, von abends 8 Uhr ab, findet im **Gasthaus zur Eintracht** unser

**Familienabend mit Konzert**

statt.  
Hierzu laden wir unsere Mitglieder mit Angehörigen, nebst Freunden und Gönnern unseres Vereins freundlichst ein.

**Der Vorstand.**

**Birkenfeld.**

**Hochzeits-Einladung.**

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

**Sonntag, den 9. November 1919**  
im Gasthaus zum „Adler“ in Birkenfeld  
stattfindenden

**Hochzeitsfeier**

freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

**Karl Stumpp, Metzgermeister,**  
Sohn des verstorb. Metzgermeisters Karl Stumpp.

**Maria Höll,**

Tochter des Gemeinderats Ernst Höll.

Kirchgang 11 Uhr.

**Dobel.**

**Hochzeitseinladung.**

Zu unserer am

**Sonntag, den 9. November 1919,**  
im Hotel „Sonne“ in Dobel  
stattfindenden

**Hochzeitsfeier**

beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte höflichst einzuladen und bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

**Gustav Treiber.**

**Emma König**

Kirchgang um 12 Uhr.

**Ottenhausen.**

**Hochzeits-Einladung.**

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

**Sonntag, den 9. November 1919,**  
im Gasthaus zum „Adler“ in Ottenhausen  
stattfindenden

**Hochzeits-Feier**

freundlichst einzuladen.

**Wilhelm Sadmann,**  
Sohn des Christian Sadmann, Küfermeisters,  
Ottenhausen.

**Emma Rieginger,**

Tochter des Sägers Andreas Rieginger, Feldrennach.

Kirchgang 11 Uhr in Ottenhausen.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Herrenalb.  
Suche sofort tüchtiges,  
eheliches

**Mädchen**

für Küche und Hausarbeit.  
Hoher Lohn und gute Behandlung zugesichert.  
Frau Konsul **Müller-Remy,**  
Hochhaus Margitta,  
Dobelsstraße.

Herrenalb.  
Junges, fleißiges

**Mädchen**

für Haus und Zimmerdienst gesucht.  
**Walderziehungsheim u.**  
**Haushaltungsschule**  
Fallenburg.

**Pinzweiler.**

**Hochzeits-Einladung.**

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

**Sonntag, den 9. November 1919**  
im Gasthaus zur „Sonne“  
stattfindenden.

**Hochzeitsfeier**

freundlichst einzuladen und bitten, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

**Hermann Reuter,**  
Sohn des Christian Reuter.

**Kidele Berwed,**

Tochter des Ferd. Berwed, früheren Sonnenwirts.

Kirchgang 10 1/2 Uhr.

**Feldrennach.**

**Hochzeitseinladung.**

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

**Sonntag, den 9. November 1919,**  
stattfindenden

**Hochzeitsfeier**

in das Gasthaus zum „Döfen“ in Feldrennach  
freundlichst einzuladen.

**Fritz Schmid,**  
Sohn des verst. Fritz Schmid I in Dürrenmetzstetten.

**Lina Schöthaler,**

Tochter des Ernst Ph. Schöthaler, Milchhändlers  
in Feldrennach.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Kirchgang 11 Uhr.

**Langenbrand.**

**Hochzeits-Einladung.**

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

**Montag, den 10. November 1919**  
im Gasthaus zum „Hirsch“ in Langenbrand  
stattfindenden

**Hochzeitsfeier**

freundlichst einzuladen.

**Wilhelm Lörcher,**  
Sohn des Friedrich Lörcher, Schuhmachers in  
Ludwigsburg.

**Katharina Eberhardt,**

Tochter des Gottlieb Eberhardt, Schmiedmeisters  
in Langenbrand.

Kirchgang 11 in Langenbrand.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

**Tüchtiges Mädchen,**

nicht unter 18 Jahren, per  
15. Nov. oder später gesucht.  
Frau **Auguste Bech,**  
Altensteig, Poststraße.

Salmbach.

Ein 10 Monate altes

**Zuchtrind**

hat zu verkaufen  
**Mich. Luz.**

Neuenbürg.  
Zuverlässiger

**Hausbursche**

kann sofort eintreten bei  
**Spannlich & Co.**

Neuenbürg.  
Habe noch einige Wagen  
**Futter-Zuckerrüben**

abzugeben.  
**Robert Silbereisen.**

